



Presseschau vom 18.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Alexander Pałucki: **Polen arbeitet an europaweitem Einreiseverbot für Russen**

Zwar hat Polen bereits das Ausstellen von touristischen Visa für russische Bürger seit einigen Monaten eingestellt. Aber das sei in Anbetracht des eher trägen Nachahmungseffekts nicht genug. Jetzt verspricht Warschau ein neues "Konzept" für ganz Europa. ...

<https://kurz.rt.com/34tz> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: **Sachsens Kretschmer fragt: "Was fehlt noch, bis wir Kriegspartei sind?"**

In einer Diskussionsveranstaltung am Montag in Dresden hat der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer seine Forderungen nach einer Verhandlungslösung in der Ukraine und nach einer Vermittlerrolle Deutschlands wiederholt. Die Debatte zeigt aber auch, dass selbst ein Michael Kretschmer, der zu den konstruktivsten Vertretern der deutschen Politik zählt, die Ursachen der ukrainischen Tragödie noch lange nicht verstanden hat. ...

<https://kurz.rt.com/34x7> bzw. [hier](#)

Nikolai Starikow: **Erst Getreide, jetzt das AKW Saporoschje: Versuche des Westens, Russland in der Ukraine zu lähmen**

Warum will der Westen, allen voran die USA, am Kernkraftwerk Saporoschje eintreffen – beziehungsweise dieses von Granaten getroffen sehen? Die Antwort könnte aus der Lageentwicklung um ukrainische Getreideexporte abzulesen sein. ...

<https://kurz.rt.com/34xr> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: **US-Nazis in der Ukraine: Russland vernichten im CIA-Auftrag?**

Seit 2014 rüsten die USA die Ukraine massiv auf, versorgen sie mit Waffen, Geheimdienstinformationen, Beratern, Instruktoren und Krediten. Damit erschöpft sich die Unterstützung indes nicht: Es gibt Hinweise darauf, dass die staatlichen Behörden der USA auch eine ganz spezifische "Ware" liefern, um ihren Stellvertreterkrieg gegen Russland auszufechten....

<https://kurz.rt.com/34uj> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:57 de.rt.com: **Stoltenberg: Die NATO steht bereit, im Kosovo zu intervenieren**

Der Generalsekretär der NATO bat um die Unterstützung des Militärblocks, falls die "Stabilität" der Provinz in Gefahr wäre. Gleichzeitig werden 50 deutsche Soldaten zur EUFOR-Mission nach Bosnien entsandt, zehn Jahre nach dem Rückzug der Bundeswehr aus der Mission.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat auf einer Pressekonferenz mit dem serbischen Präsidenten Vučić am Mittwoch sein Versprechen wiederholt, dass das Bündnis eingreifen werde, wenn die "Stabilität" im Kosovo in Gefahr sei.

"Sollte die Stabilität in Gefahr sein, steht die KFOR bereit, einzugreifen, und wird alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um für alle Menschen des Kosovo eine sichere Umgebung und Freiheit der Bewegung zu gewährleisten."

Der Führer des Militärbündnisses rief "alle Seiten" auf, "Zurückhaltung zu üben und Gewalt zu vermeiden", und argumentierte, dass Diplomatie der einzige Weg nach vorn sei, sogar,

während er mit einem militärischen Eingreifen unter dem UN-Mandat drohte, sollten sich die beiden Parteien nicht an den von der EU vermittelten Dialog halten.

Stoltenberg soll sich später am Mittwoch mit dem Premier des Kosovo, Albin Kurti, treffen, während sich Vučić und Kurti am Donnerstag in Brüssel treffen werden, um den Dialog fortzusetzen.

Die Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo sind hoch, nachdem die Provinz ein Gesetz verabschiedete, das von Serben verlangt, ihre serbischen Pässe gegen spezielle, vom Kosovo ausgestellte Dokumente zu tauschen und ihre serbischen Nummernschilder durch im Kosovo ausgegebene zu ersetzen. Die Konsequenz wäre, dass sie die Grenze zu Serbien nicht mehr einfach überqueren könnten, was sie von ihren Familienangehörigen in Serbien trennt. Das erste Mal sprach Stoltenberg Vučić gegenüber bei einem Telefonat am 3. August davon, dass die NATO eingreifen würde, wenn die Stabilität gefährdet sei, und wiederholte damit, was in einer Mitteilung der NATO-Mission im Kosovo aus der vergangenen Woche stand. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass zur gleichen Zeit 50 deutsche Soldaten zur EU-Friedensmission in der ehemaligen jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina geschickt wurden, nachdem sich die Bundeswehr vor zehn Jahren aus dieser Mission zurückgezogen hatte. Die Deutschen sollen nach Angabe der EUFOR "für zusätzliche Kapazitäten" sowohl im Hauptquartier der Operation Althea als auch bei einem Netz von Außenstellen sorgen, die die Verbindung zu örtlichen Regierungen und Gemeinden herstellen. EUFOR erklärte dazu, "diese Entsendung ist eine weitere Demonstration des Einsatzes der EU für eine stabile, wohlhabende und europäische Zukunft für alle Bürger" Bosnien-Herzegowinas.

1996 wurden zuerst etwa 50.000 NATO-Friedenstruppen nach Bosnien geschickt, um den Waffenstillstand durchzusetzen, der den Bürgerkrieg zwischen den Serben, Muslimen und Kroaten in dem Land beendete, der von 1992 bis 1995 andauerte. Die EU übernahm die Mission 2004, und Deutschland zog sein Kontingent Ende 2012 ab. Augenblicklich besteht die EUFOR schätzungsweise aus 1.100 Soldaten aus 30 Ländern, deren Aufgabe darin besteht, Bosnien "auf seinem Weg zur europäischen Integration" zu helfen.

Das Auftauchen deutscher Truppen hat zu massiven Widersprüchen geführt. Milorad Dodik, der Vertreter der bosnischen Serben in der dreiköpfigen Präsidentschaft, sagte, sein Volk könne einer deutschen militärischen Präsenz in Bosnien nicht vertrauen und würde sie nicht unterstützen, angesichts des jüngsten Beschlusses des Bundestags, der den Wunsch ausdrückt, das Friedensabkommen von Dayton zu revidieren.

"Dieser Beschluss mischt sich in unsere verfassungsmäßige Ordnung ein und steht für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes", sagte Dodik gegenüber örtlichen Medien. Er fügte hinzu, dass Deutschlands Geschichte in der Region – als Besatzer in beiden Weltkriegen – auch dafür sorgt, dass die Serben keinerlei Vertrauen in das Handeln Berlins haben.

Die deutsche Besetzung während des Zweiten Weltkriegs richtete sich gezielt vor allem gegen die serbische Bevölkerung, die besonders große Opfer zu beklagen hatte. Diese Erinnerung wurde durch die deutsche Beteiligung an den NATO-Luftangriffen auf Serbien noch einmal bestärkt. Es stellt sich also durchaus die Frage, warum ausgerechnet jetzt deutsche Truppen auftauchen, während gleichzeitig im Kosovo die Spannungen geschürt werden.

Die russische Botschaft in Sarajewo sagte, die Ankunft deutscher Truppen schein Teil eines Plans der USA und Großbritanniens zur "schleichenden NATOisierung" Bosniens zu sein. Die EUFOR selbst hatte dem UN-Sicherheitsrat berichtet, das Land sei friedlich und stabil, weshalb der plötzliche Ruf nach Verstärkung unaufrichtig schein, während die Verweise auf die Krise in der Ukraine "besonders inakzeptabel sind", fügte die Botschaft hinzu.

Russland fürchtet mögliche Provokationen, die darauf zielen, die EUFOR schwach erscheinen zu lassen, damit es nötig schein, sie durch "NATO-Besatzungstruppen" zu ersetzen, sagte die Botschaft und drängte alle Parteien in Bosnien, sich "nicht einem künstlich aufgezwungenen

Spiel mit gezinkten Karten" anzuschließen, sondern anzufangen, interne politische Probleme ohne externe Diktate zu diskutieren.

Im kommenden November läuft das bestehende EUFOR-Mandat aus, und seine Verlängerung bedarf der Zustimmung des UN-Sicherheitsrats, in dem Russland ein Vetorecht besitzt. Im vergangenen Jahr, als Russland sich weigerte, der Ernennung von Christian Schmidt als neuem "Hohen Vertreter" in Bosnien zuzustimmen, haben die westlichen Länder den ehemaligen deutschen Politiker allein ernannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd092148fbef3ba52cc32c.jpg>

Jens Stoltenberg, 29.06.2022

21:25 de.rt.com: **Fährverbindung zwischen DVR und Russland eingerichtet**

Zwischen den Häfen von Mariupol in der Volksrepublik Donezk und Jeisk in Russland ist eine Fährverbindung eingerichtet worden, wie die Donezker Nachrichtenagentur ([DAN](#)) berichtete. Das Fährschiff "Lawrenti" lief in den Hafen von Mariupol ein. Es kann über 130 Personen und diverse Lastgüter befördern. Ein Besatzungsmitglied erklärte gegenüber DAN: "Die Fähre beendete die planmäßige Überfahrt nach den Vorgaben des russischen Verteidigungsministeriums von Jeisk nach Mariupol. Die Überfahrt verlief einwandfrei, es gab keine Stürme."

Der Hafen von Mariupol war Ende Mai wieder in Betrieb genommen worden. Er solle eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Region erhalten, erklärte damals die Regierung der DVR.



https://dan-news.info/storage/c/2022/08/17/1660749493_432770_27.jpg

21:47 de.rt.com: **Nach Chaos bei Bundestagswahl: Ausschuss empfiehlt Wahlwiederholung in 440 Berliner Wahllokalen**

Die letzte Bundestagswahl verlief in Teilen Deutschlands mitunter chaotisch. Insbesondere in den Wahllokalen der Bundeshauptstadt kam es im Laufe des Wahltags immer wieder zu erheblichen Pannen. Laut dem Wahlprüfungsausschuss des Bundestags wird eine Wiederholung der Wahl in einigen Wahlbezirken deshalb immer wahrscheinlicher. Fast ein Jahr nach den teils chaotischen Zuständen in den Berliner Wahllokalen wird eine Wiederholung der Bundestagswahl in zahlreichen Berliner Stimmbezirken zunehmend wahrscheinlicher. Wie der Wahlprüfungsausschuss des Bundestags am Mittwoch mitteilte, sehe ein erster Beschlussvorlagenentwurf demnach eine erneute Abstimmung in etwa 440 Wahllokalen vor. Hiervon betroffen seien vor allem die Bezirke Pankow, Mitte und Reinickendorf, so der Ausschuss. Aber auch in anderen Berliner Stimmbezirken müssen die Wahlberechtigten womöglich noch einmal an die Urnen.

Bis zu einer Entscheidung über den finalen Vorschlag für eine Wahlwiederholung der Bundestagswahl in der Hauptstadt dürften nach Einschätzung von Beobachtern allerdings noch einige Wochen vergehen. Neben einer Wiederholung der Bundestagswahl in den rund 440 Wahllokalen sind zudem auch teilweise oder komplette Nachwahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin möglich. Darüber entscheidet am Ende jedoch der Berliner Landesverfassungsgerichtshof. Erhebliche Auswirkungen auf den Ausgang der Wahl werden in beiden Fällen indes nicht erwartet.

Viele kaum verständliche Probleme hatten bei der letzten Bundestagswahl bundesweit für Kritik gesorgt. In zahlreichen Wahllokalen sahen sich die Wahlberechtigten mit unzumutbaren Warteschlangen, kurzfristigen Verlegungen der Wahllokale und fehlenden Stimmzetteln konfrontiert. Mancherorts ist die Stimmabgabe im vergangenen Herbst sogar noch während der ersten Ausstrahlung der Wahlprognosen nach 18 Uhr möglich gewesen, obwohl die Wahllokale deutschlandweit traditionell um 18 Uhr schließen.

Aufgrund der erheblichen Mängel hatte Bundeswahlleiter Georg Thiel nach Bekanntwerden der Unstimmigkeiten Einspruch gegen den Wahlausgang in etlichen Wahlbezirken beim Bundestag eingelegt. Berlins damalige Landeswahlleiterin Petra Michaelis musste angesichts der zuvor nie dagewesenen Probleme sogar zurücktreten. Bei der anschließenden Aufarbeitung kam eine vom Senat eingesetzte Expertenkommission in ihrem Anfang Juli vorgestellten Bericht zu dem Schluss, dass die Pannen und organisatorischen Probleme bei den Wahlen absehbar und vermeidbar gewesen seien.

"Wir haben diesmal einen Zustand gehabt, in dem zu viele Dominosteine umgefallen sind: Einzelne Phänomene, die in einer normalen Wahl nicht aufgefallen wären, haben sich zu einem Chaos verdichtet", erklärte die Berliner Wahlvorsteherin Daniela Berger, und fügte hinzu:

"Es war ein Stresstest für das System – und es hat nicht bestanden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd05d5b480cc01d32bdc1d.jpg>

21:51 de.rt.com: **Wegen bevorstehender UN-Generalversammlung: Russische Botschaft in Washington bittet das US-State Department, Lawrow ein Visum zu erteilen**

Wie [TASS](#) meldet, hat die russische Botschaft in den USA an das Weiße Haus und das State Department appelliert, dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und allen Mitgliedern der russischen Delegation Visa für die Teilnahme an der UN-Generalversammlung im September auszustellen. Dies sagte der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, am Mittwoch im Fernsehsender Rossija-24:

"Die Botschaft hat bereits an das Weiße Haus und das Außenministerium appelliert, den Verpflichtungen des Landes, in dem sich der UN-Sitz befindet, nachzukommen und dem Minister und allen Mitgliedern der russischen Delegation unverzüglich Visa auszustellen." Antonow habe gesagt, viele würden Lawrow gerne bei Veranstaltungen der UN-Generalversammlung sehen:

"Jetzt bekommen wir viele Anfragen, ob der Minister zur UN-Vollversammlung kommen wird. Man kann also mit Sicherheit sagen, dass viele Sergei Wiktorowitsch (Lawrow – Anm. d. Red.) gerne in der UN-Vollversammlung sehen würden. Ich erinnere mich an die jüngsten Reisen des Ministers nach Asien und Afrika: Sie haben dort auf ihn gewartet und ihn um ein Treffen gebeten."

Der russische Botschafter in den USA sagte außerdem, er werde am 18. August im Außenministerium über Lawrows Visum für die UN-Generalversammlung sprechen:

"Morgen werde ich dem Außenministerium einen weiteren Besuch abstatten, bei dem eines der zentralen Themen, die ich anzusprechen gedenke, genau dieses Problem ist – das Problem der vollen, uneingeschränkten Teilnahme unseres Ministers und unserer Delegation an den bevorstehenden September-Veranstaltungen in New York (gemeint ist die UN-Generalversammlung – Anm. d. Red.)."

Der Botschafter betonte auch, dass Lawrow "ständig an internationalen Foren teilnimmt, einschließlich des G20, der SCO (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit; Anm. d. Red.), der ASEAN, der GUS und der CSTO (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, OVKS – Anm. d. Red.)."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd1e4448fbef3b4a60ddf5.jpg>

Gebäude der russischen Botschaft in Washington, D.C./USA

22:09 de.rt.com: **Militärexperte: Ukrainische Armee erlebt im Donbass ihre letzten Tage**

Das "Kiewer Regime" habe seine Taktik geändert und sei aufgrund der katastrophalen Lage an allen Fronten zu Terroranschlägen und Sabotage übergegangen. Diese Meinung [vertrat](#) der stellvertretende Präsident der Russischen Akademie für Raketen- und Artilleriewissenschaften, der Militärexperte Konstantin Siwkow, in einem Interview mit der Agentur FAN (Federalnoje agenstwo nowostej), wie [Radio Sputnik](#) meldet. Siwkow sagte: "Die Verschärfung der Auswirkungen auf das AKW Saporoschje und die Bedrohung des AKW Kursk zeigen, dass unsere Truppen ernsthafte Erfolge erzielt haben und die

ukrainischen Streitkräfte ihre letzten kampffähigen Reserven verlieren. Deshalb sind sie zu Terroranschlägen und Sabotageakten übergegangen. Die plötzliche Aktivität der ukrainischen Spezialdienste zeigt, dass die Gruppierung der ukrainischen Armee im Donbass tatsächlich ihre letzten Tage erlebt."

Ihm zufolge hätten NATO-Offiziere möglicherweise ähnliche Taktiken entwickelt. Siwkow weiter:

"Der ukrainische Generalstab handelt auch in einem solchen Krieg nach NATO-Normen, obwohl die Taktik wahrscheinlich von Offizieren der Allianz vor Ort entwickelt wird. Nach diesen Normen können zwischen fünfhundert und achthundert Sabotagegruppen im Grenzgebiet eingesetzt werden. Dieses Problem wird durch die Stärkung der territorialen Verteidigung und der Sabotageabwehr hinter den feindlichen Linien gelöst."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd39c2b480cc7a2371c119.png>

Militärwissenschaftler Konstantin Siwkow

22:23 de.rt.com: **Erneuter ukrainischer Beschuss des Saporoschje-Kernkraftwerks**

Das Mitglied des Hauptrats der Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, hat von einem erneuten ukrainischen Beschuss des Kernkraftwerks in Energodar berichtet. Laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärte er:

"Mindestens sechs Schüsse ins Gebiet, wo sich das Saporoschje-AKW befindet, wurden beobachtet."

Rogow fügte hinzu, dass das Kraftwerk selbst nicht getroffen wurde und weiterhin im Normalbetrieb bleibt. Nach vorläufigen Angaben gebe es auch keine Verletzten.

Zuvor hatte die Verwaltung des Gebiets Saporoschje die Festnahme zweier AKW-Mitarbeiter bekannt gegeben, die das ukrainische Artilleriefeuer gegen das Kraftwerk lenkten.

22:38 de.rt.com: **Krim weiter von Explosionen erschüttert**

Am Dienstag ist die Krim wahrscheinlich zum zweiten Mal binnen einer Woche zur Zielscheibe ukrainischer Saboteure geworden. Laut den Angaben der örtlichen Behörden ist diesmal das Munitionslager im Krim-Bezirk Dschankoi betroffen.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden bei Bränden und [Explosionen](#) ein Kraftwerk, Stromleitungen, Bahngleise und Wohnhäuser beschädigt. Zwei Menschen wurden verletzt und mehr als 3.000 Personen aus zwei Dörfern evakuiert.

Der Gouverneur der Republik Krim, Sergei Aksjonow, war im betroffenen Krim-Bezirk Dschankoi:

"Wir sind zum Brandort hinausgefahren und haben eine Beobachtungsdrohne hingeschickt. Die Detonationen sind ziemlich stark. Die Munition liegt überall auf dem Boden verstreut, was leider bedeutet, dass es Arbeit für Minenräumer geben wird. Deshalb warten wir darauf,

dass die Detonationen der Munition aufhören – jetzt hören sie die nächste Explosion."
Zu dem Vorfall meldete sich auch die ukrainische Seite. Juri Ignat, Sprecher der ukrainischen Luftwaffe verkündete:

"Das freut uns alle, nicht nur das Militär, sondern die ganze Ukraine."

"Wir hoffen, dass der Feind nicht nur Verluste in der militärischen Ausrüstung erleidet, sondern auch im Flugpersonal."

22:55 de.rt.com: **Russische Minenräumer haben mehr als 541.000 Sprengsätze im Donbass unschädlich gemacht**

Die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) berichtet, dass die russischen Streitkräfte und das Katastrophenschutzministerium seit Beginn einer militärischen Sonderoperation in der Ukraine mehr als 18.000 Hektar des Gebiets der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) auf Minen kontrolliert und dabei über 541.000 Sprengsätze gefunden und entschärft hätten. Dies hat Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation, am Mittwoch mitgeteilt. Er betonte:

"Die Entminungsteams der Streitkräfte der Russischen Föderation, des russischen Ministeriums für Katastrophenschutz und des Ministeriums für Katastrophenschutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sind weiterhin damit beschäftigt, explosive Objekte aus den Donbass-Republiken und den befreiten Gebieten der Ukraine zu entfernen. Insgesamt wurden 18.127,28 ha Fläche, 917 Gebäude (darunter 13 sozial bedeutsame Einrichtungen), vier Brücken und 150,47 km Straßen überprüft. 541.387 Sprengsätze wurden entdeckt und entschärft."

Misinzew leitet – neben seiner Funktion im Nationalen Zentrum für Verteidigungsmanagement – auch das russische Hauptquartier für die Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd4c3648fbef3ba52cc365.jpg>

Minensprengung durch Pioniere der russischen Armee, Gebiet Charkow, 16. August 2022

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Nach Tötung von Al-Qaida-Chef: USA blockieren wieder Freigabe von afghanischen Vermögen**

Die US-Regierung hat längst sieben Milliarden Dollar der afghanischen Zentralbank beschlagnahmt, die in den USA gelagert sind. Nach der Tötung des Al-Qaida-Chefs in Kabul setzt Washington nun die Gespräche mit den Taliban über eingefrorene Milliarden der afghanischen Zentralbank aus, obwohl Millionen von Menschen im Lande vor dem

Hungertod stehen.

Die Biden-Regierung hat beschlossen, keine der rund sieben Milliarden Dollar von in den USA eingefrorenen afghanischen Vermögen freizugeben, da die Taliban mutmaßlich Al-Qaida-Funktionäre in Kabul beherbergen würden. Die USA haben dementsprechend die Gespräche mit den Taliban über die eingefrorenen Milliarden der afghanischen Zentralbank nach der Tötung des Al-Qaida-Anführers, Aiman al-Sawahiri, in Kabul ausgesetzt, wie das [Wall Street Journal](#) berichtete.

In einer Erklärung, die nach einer Dringlichkeitssitzung der Taliban in der südlichen Stadt Kandahar seinerzeit herausgegeben wurde, erklärte die Gruppe als Reaktion auf die Tötung des Al-Qaida-Chefs, sie wisse nichts von Zawahiris Anwesenheit im Land und werde untersuchen, ob er bei dem Anschlag getötet worden sei.

Die neue US-Entscheidung macht frühe Anzeichen von Fortschritten in den Gesprächen zwischen den USA und den Taliban zunichte und versetzt den Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in Afghanistan einen Schlag, da Millionen von Menschen aufgrund der westlichen Sanktionen seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 vor dem Hungertod stehen.

Der US-Drohnenangriff, bei dem Al-Qaida-Anführer al-Zawahiri Ende letzten Monats getötet wurde, hat im Westen die Besorgnis über ein Wiederaufleben des globalen Terrorismus, der von Afghanistan ausgeht, geschürt, berichtet das Wall Street Journal.

Die USA hatten im Februar angeordnet, einen Teil vom eingefrorenen afghanischen Vermögen freizugeben: Ein Teil sollte in humanitäre Hilfe fließen, der andere an US-Terroropfer gehen. Die afghanische Zentralbank verurteilte seinerzeit die Entscheidung der US-Regierung zur Aufteilung des afghanischen Vermögens und forderte die Freigabe aller Devisenreserven. Die gesamten eingefrorenen Milliarden der afghanischen Zentralbank werden aber nun offenbar wieder blockiert. Die afghanische Zentralbank benötigt diese Mittel, um die wichtigsten Aufgaben zur Eindämmung der rasant steigenden Inflation, zur Stabilisierung des Wechselkurses und zur Wiederbelebung der immer sich verschlechternden Wirtschaft wieder aufzunehmen.

Shah Mehrabi, ein Vorstandsmitglied der afghanischen Zentralbank, sagte bereits, dass die Entscheidung, die in USA eingefrorenen Gelder nicht freizugeben, katastrophale Folgen für das ohnehin schon angeschlagene afghanische Volk haben könnte. Ein Jahr nach der Machtübernahme durch die Taliban ist Afghanistans wirtschaftliche Lage desaströs. Zur Verschärfung der Lage tragen die gesperrten Konten des afghanischen Staates durch die USA bei. Vor Kurzem haben dutzende Wirtschaftsexperten die US-Regierung aufgefordert, eingefrorene Milliarden der afghanischen Zentralbank freizugeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fcc494b480cc2f240a4992.jpg>

Ein Taliban-Kämpfer versucht, für Ordnung zu sorgen, während Frauen bei einer Bargeldverteilung des Welternährungsprogramms in Kabul am 29. November 2021 in einer Schlange warten.

6:15 de.rt.com: **Umfrage: Mehrheit der Russen lehnt Adoption durch Ausländer ab**

Ob wegen Sicherheitsbedenken, einer anderen Mentalität oder russophober Einstellungen: Mehr als die Hälfte der Russen lehnt die Adoption russischer Waisen durch Ausländer ab. Dies geht aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM hervor.

60 Prozent der befragten russischen Staatsbürger sind der Meinung, dass russische Kinder lieber in Waisenhäusern aufwachsen sollten, als von Ausländern adoptiert zu werden. Das geht aus Umfrageergebnissen des Meinungsforschungsinstituts WZIOM hervor, die der Zeitung RBK vorliegen.

Die Begründungen dafür sind vielfältig. Einige sind der Ansicht, dass Kinder dort leben sollten, wo sie geboren wurden. Andere finden, dass es für russische Kinder nicht sicher sei, sich im Ausland aufzuhalten. Daneben wird die Meinung vertreten, dass russische Adoptiveltern immer Vorrang haben sollten. Weitere sieben Prozent gaben an, sie machten sich Sorgen über gleichgeschlechtliche Beziehungen, die ein negatives Beispiel für russische Kinder sein könnten. Ferner haben manche Angst, dass Kinder mit einem Hassgefühl gegenüber Russland erzogen werden könnten. Zu den weiteren genannten Gründen gehören auch eine andere Mentalität, russophobe Einstellungen im Ausland sowie Probleme bei der Kontrolle ausländischer Adoptiveltern.

Ein Drittel der Befragten (32 Prozent) sprach sich wiederum für die Adoption durch Ausländer aus. Ihre Argumente lauten, dass den Kindern mit dem Verbot die Möglichkeit genommen werde, eine Familie zu finden und sie stattdessen in einem Waisenhaus erzogen werden. Weitere neun Prozent meinten, dass "Kinder wichtiger als Politik sind". Acht Prozent gaben an, dass Kinder, die ins Ausland mitgenommen werden, eine Chance auf ein besseres Leben erhalten.

Wie RBK berichtet, wächst die Unterstützung für dieses Verbot proportional zum Alter: Unter den 18- bis 24-Jährigen unterstützen nur 20 Prozent die Maßnahme, bei den über 60-Jährigen sind es bereits 81 Prozent. Die Meinung hängt auch vom Wohnort der Befragten ab: So sprechen sich Einwohner von Moskau und Sankt Petersburg häufiger für die Adoption aus (53 Prozent der Stadtbevölkerung gegenüber 16 Prozent der Landbewohner). Auch Russen mit Hochschulabschluss sprechen sich häufiger dafür aus (40 Prozent), Befragte mit Mittelschulbildung hingegen nur zu 21 Prozent. An der Umfrage nahmen 1.600 Russen ab 18 Jahren teil.

Russland hatte das Adoptionsrecht für Ausländer vor zehn Jahren eingeschränkt. Im Jahr 2012 unterzeichnete Präsident Wladimir Putin ein Gesetz, welches US-Bürgern die Adoption russischer Kinder verbietet. Kurz darauf durften auch homosexuelle Paare und Personen, die in Ländern leben, in denen gleichgeschlechtliche Ehen legal sind, keine russischen Waisenkinder mehr adoptieren. Nach Angaben des russischen Bildungsministeriums ist die Zahl der von ausländischen Staatsbürgern adoptierten Waisenkinder seit dem Jahr 2012 drastisch zurückgegangen. Im Jahr 2010 waren es noch 3.300 Kinder, im Jahr 2020 nur mehr 38.

Die russische Staatsduma diskutiert derzeit ein Adoptionsverbot von Kindern durch Bürger sogenannter "unfreundlicher" Länder. Dazu gehören unter anderem alle Länder der Europäischen Union.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fced35b480cc2df675afaf.jpg>

7:03 de.rt.com: **Kommandeur der Bürgerwehr von Saporoschje kündigt Rekrutierung von Freiwilligen an**

Um das Gebiet von ukrainischen Nationalisten zu befreien, bildet die Bürgerwehr von Saporoschje eine Freiwilligenarmee, erklärte Wladimir Nowikow, der Befehlshaber des Troja-Verbandes, gegenüber [RIA Nowosti](#). Der Kommandeur mit Rufnamen Alabai erklärte: "Dass es eine Rekrutierung und Ausbildung gibt, wird von niemandem verschwiegen. Ja, wir bilden jetzt eine Befreiungsarmee, genauer gesagt eine Freiwilligenarmee, um das Gebiet Saporoschje zu befreien."

Ihm zufolge ist der Verband Troja das Kommandozentrum dieser Freiwilligeneinheit. In die Reihen der Kämpfer würden beherzte Männer rekrutiert. "Menschen, die in der Lage sind, zu handeln und die eine klare Vorstellung davon haben, warum sie dort sind und was Faschismus ist", sagte Nowikow. Er fügte hinzu:

"Wir setzen keine Grenzen, dass es nur Männer aus Saporoschje zu sein haben. Ja, es gibt eine Menge Leute aus Saporoschje. Es wären sogar noch mehr, wenn es nicht einige Schwierigkeiten gäbe, umherzuziehen, weil so viele noch auf der anderen Frontseite sind. Aber es wird alles seinen Lauf nehmen, wie man sagt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fdc1f8b480cc57192c8d54.jpg>

7:34 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk, Gorlowka und Nowosjolowka**
Ukrainische Streitkräfte sollen am Abend innerhalb weniger Minuten drei Geschosse im

Kaliber 152 Millimeter auf Donezk und weitere sechs Geschosse sowie vier Minen auf Gorlowka in der DVR abgefeuert haben. Das teilt der DVR-Vertreter im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut [RIA Nowosti](#) in einer Erklärung mit.

Außerdem sollen die ukrainischen Truppen Nowosjelowka mit zehn 120-Millimeter-Granaten beschossen haben.

8:01 de.rt.com: **Estland schränkt Einreise und Visavergabe für russische Bürger ein**
Estland führt ab dem 18. August Beschränkungen für die Erteilung von Visa an russische Staatsbürger und für die Einreise mit einem bereits in Estland ausgestellten Schengen-Visum ein, berichtet [RIA Nowosti](#).

Nach Angaben des Pressedienstes der Regierung bedeutet dies, dass ein russischer Staatsbürger, dem ein Schengen-Visum ausgestellt wurde und dessen Reisezweck Tourismus, Geschäft, Sport oder Kultur ist, ab dem 18. August nicht mehr über die Grenzübergänge Narwa, Luhamaa oder Koidula nach Estland einreisen kann.

Die Zahl der Visaanträge für Estland ist ebenfalls eingeschränkt. Nur russische Staatsbürger, die in die baltische Republik kommen, um einen nahen Verwandten mit estnischer Staatsbürgerschaft oder langfristiger Aufenthaltsgenehmigung zu besuchen, in Estland arbeitende russische Diplomaten und ihre Familienangehörigen, Arbeitnehmer im internationalen Handel und Personenverkehr und Personen, für die Estland die Ausstellung eines Visums aus humanitären Gründen für gerechtfertigt hält, können einen Antrag stellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fdb18b480cc57192c8d52.jpg>

8:36 de.rt.com: **Bürgermeister von Gorlowka berichtet von Bränden nach Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Ein Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf Gorlowka habe zu mehreren Bränden auf dem Gelände von Großhandelspunkten geführt, teilt der Bürgermeister der Stadt Iwan Prichodko auf seinem Telegram-Kanal mit. Er [schreibt](#):

"Nach vorläufigen Informationen wurden infolge des Beschusses des zentralen Stadtviertels von Gorlowka durch die ukrainischen Nazis mehrere Brände in der Internazionalnaja-Straße auf dem Territorium der Großhandelspunkte verzeichnet. Ein feindliches Geschoss beschädigte ein fünfstöckiges Gebäude in der Perwomajskaja-Straße 87. Die Anwohner sollten äußerst vorsichtig sein."

Die Stadt liegt 40 Kilometer nördlich von Donezk und ist Sitz mehrerer Kohlebergbauunternehmen sowie des Chemiekonzerns Stinol. Gorlowka ist eine der größten Ortschaften der Donezker Volksrepublik und steht seit dem Jahr 2014 unter der Kontrolle der Republik. Vor Beginn des Konflikts im Donbass zählte die Stadt mehr als 250.000 Einwohner.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fdce5c48fbef3a6a6b0ff9.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 18.8.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 7 Schützenpanzerwagen;
- 5 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 17. August haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Sinezkiy und Pawlograd zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

So haben Soldaten der Volksmiliz der LVR mehr als 10 Tonnen humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner des Bezirks Perwomajsk geliefert.

9:05 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: IAEO-Delegation kann AKW Saporoschje wegen Beschusses durch ukrainische Streitkräfte nicht besuchen**

Eine Delegation der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) kann das Kernkraftwerk Saporoschje nicht besuchen, solange die ukrainische Seite die Anlage beschießt. Darauf wies Igor Wischnewezki, stellvertretender Direktor der Abteilung für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle des russischen Außenministeriums, am Mittwoch auf der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags hin. Er erklärte laut [TASS](#):

"Um den aktuellen Ereignissen Rechnung zu tragen, ist es nicht notwendig, die Wiederherstellung der IAEO-Kontrolle über das AKW Saporoschje zu fordern."

"Alle Parteien arbeiten jetzt daran. Es ist durchaus möglich, dass die Kontrolle durch die IAEO schnell wiederhergestellt wird. Eine Delegation sollte sich dorthin begeben, um dies zu tun".

"Damit dies geschehen kann, muss die ukrainische Seite den Beschuss des AKW Saporoschje einstellen."

10:11 (9:11) deu.belta.by: **Lukaschenko genehmigt Entwurf des Abkommens über**

militärische und technische Zusammenarbeit mit Russland bis 2025

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat den Entwurf eines zwischenstaatlichen Abkommens mit Russland über die Umsetzung des Programms der militärischen und technischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bis 2025 als Verhandlungsgrundlage genehmigt. Der entsprechende Erlass wurde vom Staatschef am 17. August unterzeichnet, teilt der Pressedienst des belarussischen Staatschefs mit.

Alexander Lukaschenko hat das Staatliche Militärindustriekomitee ermächtigt, den Entwurf des Abkommens auszuhandeln und zu unterzeichnen, wenn eine Einigung im Rahmen des genehmigten Entwurfs erzielt worden ist.

Das Programm für die militärisch-technische Zusammenarbeit zwischen Belarus und Russland bis 2025 sieht eine Reihe von Aktivitäten vor: Darunter sind gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Entwicklung neuer und zur Verbesserung vorhandener Waffen und militärischer Ausrüstung sowie von Produkten mit doppeltem Verwendungszweck. Geplant sind auch die gemeinsame Produktion der Fertigungsmodelle von Waffen und militärischer Ausrüstung sowie deren Zubehörteilen, gemeinsame Aktivitäten im Bereich der technischen Normen, Standardisierung und Katalogisierung militärischer Produkte sowie die Lieferung militärischer Produkte und Dienstleistungen für die Sicherheitsorgane beider Länder.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1660806812_61709_big.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.8.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des Vertreters der DVR im **379 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, Rohrrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 9 wurden verletzt**. 27 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Schützenpanzer, 2 Mörser, 3 Geländefahrzeuge und mehr als 20 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“

(PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:39 de.rt.com: **Ratingagentur Fitch stuft Kreditwürdigkeit der Ukraine herauf**

Die internationale Ratingagentur Fitch hat das langfristige Fremdwährungs-Emittentenrating der Ukraine von "RD" auf "CC" angehoben. Damit bewertet Fitch, wie auf der Webseite der Agentur am Donnerstag zu lesen war, in der Regel höchst mangelhafte Bonität von Staaten mit einem Rating niedriger als "CCC".

Anlass der Heraufstufung der Kreditwürdigkeit war, dass die Inhaber ukrainischer Eurobonds einer Umstrukturierung der Auslandsschulden des Landes zugestimmt hatten. Den Analysten der Agentur zufolge bedeutet dies "den Abschluss eines problematischen Schuldentauschs und die Beilegung eines begrenzten Zahlungsausfalls".

Zuvor waren rund sechs Milliarden US-Dollar an Verbindlichkeiten aus ukrainischen Eurobonds für 24 Monate gestundet worden. Dies soll den Schuldendienst der Ukraine im Ausland angesichts schwindender internationaler Reserven und des aktuellen Bedarfs an Kriegsmitteln erleichtern.

9:49 de.rt.com: **"System nähert sich Kipppunkt" – Behörden im Westen der USA beschließen Wasserkürzungen**

Entlang des Colorado Rivers im Südwesten der USA müssen mehrere Bundesstaaten sowie Mexiko mit Kürzungen beim Wasser rechnen. Der Fluss, der rund 40 Millionen Menschen, Landwirtschaft und Stromerzeugung mit Wasser versorgt, trocknet aus.

Wegen anhaltender Wasserknappheit entlang des Colorado Rivers im Südwesten der USA müssen mehrere Bundesstaaten, darunter Arizona und Nevada, mit Kürzungen beim Wasser rechnen. Die US-Regierung kündigte am Dienstag an, den Wasserabfluss aus den Stauseen Mead und Powell, die durch den Colorado gespeist werden, das zweite Jahr in Folge zu verringern. Hintergrund ist die Prognose, dass sich die Pegelstände weiter absenken werden. Die beiden größten Stauseen am Colorado River sind nur noch zu etwa einem Viertel gefüllt. Lake Mead, der größte Stausee der Vereinigten Staaten, versorgt Millionen von Menschen in sieben Bundesstaaten, in Stammesgebieten und im Norden Mexikos mit Wasser. Mit dem extremen Tiefstand an beiden Stauseen kamen dort vergrabene Leichen und andere Artefakte zutage, vor allem aber bedroht die Wasserknappheit seit einiger Zeit die Trinkwasserversorgung, die landwirtschaftliche Produktion und die Stromerzeugung aus Wasserkraft.

Der Wasserstand des größten Stausees erreichte nunmehr nach einem 22-jährigen Abwärtstrend den niedrigsten Stand seit April 1937, als der Stausee noch nicht gefüllt war. Nachdem der Pegel von Lake Powell an der Grenze zwischen Arizona und Utah so weit gesunken war, dass die rund 5 Milliarden Kilowattstunden Energie, die jedes Jahr am Glen-Canyon-Damm erzeugt werden, gefährdet waren, erklärten Bundesbeamte, dass sie etwas Wasser zurückhalten würden, um sicherzustellen, dass der Damm weiterhin Energie erzeugen kann. Der Staudamm produziert Strom für bis zu 1,5 Millionen Haushalte pro Jahr. Die seit Jahrzehnten zunehmende Trockenheit haben den Fluss dazu gebracht, stark auszudünnen und nun eine kritische Marke erreicht. Die anhaltende Dürre im Westen der USA könnte die schlimmste seit 12 Jahrhunderten sein. In Colorado, wo sich das Quellgebiet des Colorado River befindet, sind 83 Prozent des Staates von der Dürre betroffen.

"Das System nähert sich einem Kipppunkt", warnte der Beauftragte des Bureau of Reclamation, M. Camille Calimlim Touton, auf einer Pressekonferenz am Dienstag und fügte hinzu, dass dringend gehandelt werden müsse. "Das System zu schützen bedeutet, die Menschen im amerikanischen Westen zu schützen".

Laut dem stellvertretenden Innenminister Tommy Beaudreau ist die schwere Dürre in der Region auf die Auswirkungen des Klimawandels zurückzuführen, darunter extreme Hitze und

geringe Niederschläge. Auch der Rückgang der Schneeschmelze im Frühjahr hat die Wassermenge verringert, die aus den Rocky Mountains fließt, wo der Colorado entspringt. Jeder Sektor in jedem Bundesstaat sei dafür verantwortlich, dass das Wasser mit maximaler Effizienz genutzt wird, erklärte nun Tanya Trujillo, im Innenministerium zuständig für Wasser und Wissenschaft. Trujillo sagte weiter:

"Um einen katastrophalen Zusammenbruch des Colorado-River-Systems und eine Zukunft voller Unsicherheiten und Konflikte zu vermeiden, muss der Wasserverbrauch im Einzugsgebiet reduziert werden."

Durch die neuen Kürzungen wird der Wasseranteil Arizonas um 21 Prozent, der Nevadas um 8 Prozent und der Mexikos um 7 Prozent sinken. Trotz der Wasserknappheit müssen die Anwohner des Flusses in Arizona und Nevada bisher nicht mit Verboten für die Bewässerung ihres Rasens oder das Waschen ihrer Autos rechnen. Doch die Situation setzt die Behörden dieser Staaten unter außerordentlichen Druck, da sie für eine wachsende Bevölkerung in einer heißeren, trockeneren Zukunft planen müssen. Auch Mexiko muss sich auf weniger Wasser einstellen.

Das US Bureau of Reclamation (USBR) hatte die sieben Bundesstaaten Arizona, Kalifornien, Colorado, Nevada, New Mexico, Utah und Wyoming schon im vergangenen Jahr gewarnt, sich auf drastische Kürzungen vorzubereiten. Im Juni dieses Jahres erklärten die Behörden, die Staaten müssten im nächsten Jahr 15 Prozent weniger Wasser verbrauchen oder Kürzungen hinnehmen. Diese Situation hat bereits zu Spannungen zwischen den Staaten geführt.

In den USA ist das Innenministerium mit seinen rund 70.000 Mitarbeitern vor allem für die Verwaltung des bundeseigenen Landes zuständig. Das Ministerium entscheidet beispielsweise darüber, ob Naturschutzgebiete ausgewiesen werden oder ob Energiegewinnung wie Fracking erlaubt ist. Die innere Sicherheit hingegen – die in Europa zum Verantwortungsbereich der Innenministerien zählt – ist in den USA Aufgabe des Heimatschutzministeriums.

Der Colorado River versorgt bisher rund 40 Millionen Menschen in sieben Bundesstaaten des amerikanischen Westens sowie in Mexiko mit Wasser und trägt zur Versorgung einer Agrarindustrie bei, deren Wert auf 15 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt wird. Das weit verzweigte System versorgt Colorado, Wyoming, Utah, New Mexico, Kalifornien, Nevada und Arizona mit Wasser, bevor es nach Mexiko fließt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd1c2948fbef4436390b16.jpg>

Eine Boje in der Lake Mead National Recreation Area in der Nähe von Boulder City, Nevada, hoch und trocken auf zerdorrter Erde, die zuvor unter vom Wasser des Lake Mead bedeckt war, 28. Juni 2022

9:54 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Kiew bereitet öffentlichkeitswirksame Provokation am AKW Saporoschje vor**

Das Kiewer Regime bereitet eine öffentlichkeitswirksame Provokation im Kernkraftwerk Saporoschje während des Besuchs des UN-Generalsekretärs António Guterres in der Ukraine

vor. Dabei soll Russland für die verursachte Katastrophe verantwortlich gemacht werden. Das erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, laut [RIA Nowosti](#).

Um sich auf die Provokation – die angeblich für den 19. August vorgesehen ist – vorzubereiten, sei das ukrainische Kommando der Dnepr-Einsatztruppe dabei, im Gebiet Saporoschje Strahlungsbeobachtungsposten aufzustellen. Zudem organisiere es Übungen im Bereich Strahlenbekämpfung für die ukrainischen Einheiten, die in der Nähe der Stadt Saporoschje stationiert sind, so Konaschenkow.

Darüber hinaus würden sich bestimmte ukrainische Einheiten darauf vorbereiten, das Auftreten eines Unfalls im AKW Saporoschje festzustellen, um dann eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, mit denen sie die angebliche Beseitigung seiner Folgen nachweisen würden. Er fügte hinzu:

"Einheiten der 44. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte planen für den 19. August Artillerieangriffe auf das Gebiet des AKW Saporoschje von Feuerstellungen in der Stadt Nikopol aus. Die Schuld an den Folgen wird den russischen Streitkräften gegeben."

10:36 de.rt.com: **USA und Taiwan wollen formelle Handelsgespräche aufnehmen**

Offizielle Kontakte der USA zu Taiwan sorgen für Spannungen mit Peking. Aber Washington scheint gewillt, weiter an der Eskalationsschraube zu drehen – Washington und Taipeh kündigten am Donnerstag an, Handelsgespräche im Rahmen einer neuen Initiative aufnehmen zu wollen.

In den ohnehin angespannten Beziehungen Chinas mit den USA und Taiwan droht neue Verstimmung. Die Regierungen in Washington und Taipeh kündigten am Donnerstag an, formelle Handelsgespräche im Rahmen einer neuen Initiative aufnehmen zu wollen. Die erste Runde solle im "frühen Herbst" stattfinden, teilte das Büro der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai mit. Beide Seiten wollten die Handels- und Investitionsbeziehungen vertiefen. Die kommunistische Führung in Peking betrachtet Taiwan nur als Teil der Volksrepublik und lehnt alle Formen offizieller Kontakte anderer Länder zu Taipeh ab. Schon mit Blick auf die vorbereitenden Handelsgespräche zwischen Taiwan und den USA hatte das chinesische Außenministerium zusätzlich noch seinen Widerstand gegen etwaige Vereinbarungen deutlich gemacht, die offizieller Art seien und Auswirkungen auf Chinas Souveränität hätten, wie es hieß.

Die Spannungen mit China hatten sich jüngst durch den Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan verschärft. Es war der ranghöchste Besuch aus den USA seit einem Vierteljahrhundert. Pelosi ist – nach dem Präsidenten und dessen Vize – die Nummer drei der USA. Kurz darauf reiste eine weitere Delegation des US-Kongresses nach Taipeh. Peking sprach von "Provokationen".

Eine Reaktion aus Peking waren großangelegte Manöver. Bei der seit Jahrzehnten größten militärischen Machtdemonstration Chinas wurden eine See- und Luftblockade, eine mögliche Eroberung und andere Kampfeinsätze geübt. Peking droht mit einer gewaltsamen Einnahme der 23 Millionen Einwohner zählenden Insel, während sich Taiwan als unabhängig ansieht. Die USA wiederum haben sich, so zumindest der offizielle Tenor, der Verteidigungsfähigkeit Taiwans verpflichtet.

"Der wirtschaftlichen Nötigung Chinas widersetzen"

Washington und Taipeh hatten die US-Taiwan-Initiative zum Handel bereits im Juni vorgestellt. Die Verhandlungen laufen unter dem Dach der inoffiziellen Vertretungen beider Seiten: das Amerikanische Institut in Taiwan (AIT) und die Taipeh Wirtschafts- und Kulturvertretung (Tecro) in Washington. "Wir planen, einen ehrgeizigen Fahrplan zu verfolgen", teilte das Büro der Handelsbeauftragten mit.

Die jeweiligen Handelsprioritäten sollen auf der Grundlage gemeinsamer Werte

vorangetrieben sowie Innovation und integratives Wachstum gefördert werden. Es soll um Handelserleichterungen, regulatorische Fragen, Kampf gegen Korruption und mehr Handel zwischen kleinen und mittelgroßen Unternehmen sowie mit Gütern aus der Landwirtschaft gehen. Genannt wurden in Washington auch die Beseitigung von Benachteiligungen, digitaler Handel, Umwelt- und Arbeitsstandards und wettbewerbsverzerrende Praktiken.

Taiwan will damit seine wirtschaftlichen Fähigkeiten stärken sowie mehr Investitionen aus den USA und aus anderen Ländern anziehen. Auch soll der Weg geebnet werden, sich anderen Handelspakten anschließen zu können, wie das Büro für Handelsgespräche (OTN) in Taipeh mitteilte. Ausdrücklich genannt wurde hier das asiatisch-pazifische Freihandelsabkommen CPTPP.

"Unabhängigkeit Taiwans bedeutet Krieg"

Als Reaktion auf Pelosis Besuch hatte China auch den Import von Hunderten landwirtschaftlichen Produkten aus Taiwan sowie die für die Insel wichtige Lieferung von Sand vom Festland gestoppt, um den Druck auf Taipeh zu erhöhen. "Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit können sich Taiwan und die USA gemeinsam der wirtschaftlichen Nötigung durch China widersetzen", sagte Kabinettsprecher Lo Ping-cheng zu den Handelsgesprächen.

Derweil warnte der chinesische Botschafter in Großbritannien, Zheng Zeguang, davor, dass die Einmischung Großbritanniens und der USA in Taiwan zu einem Krieg führen könnte. In einem Gastbeitrag vom Dienstag für die britische Zeitung [Guardian](#) schrieb Zheng:

"Im Laufe der Jahre haben die USA die 'Taiwan-Karte' gespielt, um China einzudämmen, indem sie Waffenverkäufe an die Insel genehmigten, ihre Beziehungen zu den dortigen Behörden ausbauten und den Ein-China-Grundsatz aushöhlten."

Und weiter:

"Die 'Unabhängigkeit Taiwans' bedeutet Krieg und führt in eine Sackgasse. Die Ablehnung und Vereitelung solcher Versuche dient der Vermeidung von Krieg und der Sicherung von Frieden und Stabilität in der Region."

Obwohl China die Insel als Teil seines Territoriums betrachtet, wird Taiwan seit dem Chinesischen Bürgerkrieg von 1949, als die nationalistische Kuomintang-Partei von den kommunistischen Kräften auf dem Festland besiegt und zur Flucht gezwungen wurde, praktisch autonom regiert. Die lokale Verwaltung bezeichnet die Insel seither als "Republik China", obwohl sie nur von einer Handvoll ausländischer Staaten offiziell anerkannt wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fdf05348fbef3eb06db970.jpg>

Dieses vom taiwanesischen Außenministerium (MOFA) am 14. August 2022 veröffentlichte Bild zeigt den US-Abgeordneten John Garamendi (l.) beim Händeschütteln mit dem taiwanesischen Diplomaten Douglas Yu-tien Hsu nach seiner Ankunft auf dem Flughafen Sungshan in Taipeh.

10:52 de.rt.com: **Medienbericht: EU-Spitzen boten der Ukraine im Juli keine Militärhilfe an**

Sechs große europäische Länder haben Kiew im Juli zum ersten Mal seit dem Beginn der

russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine keine militärischen Unterstützungsmaßnahmen angeboten. Dies berichtete die Zeitung Politico am Donnerstag unter Berufung auf Daten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, das im Rahmen des Projekts Ukraine Support Tracker die militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe für die Ukraine auswertet.

Nach Angaben des Leiters des Projekts, Christoph Trebesch, ist der Umfang der Militärhilfe für die Ukraine aus europäischen Ländern seit Ende April rückläufig. Trebesch erklärte, dass sich die an der Konferenz Kopenhagen-Ukraine 2022 teilnehmenden Geberländer am 11. August darauf geeinigt hätten, Kiew 1,5 Milliarden Euro für Waffenkäufe zur Verfügung zu stellen, der Betrag aber "mickrig im Vergleich zu dem, was auf früheren Konferenzen angekündigt wurde", erscheine. Trotz der Tatsache, dass die Feindseligkeiten in eine kritische Phase eingetreten sind, "sind neue Hilfsinitiativen versiegt", sagte er.

Trebesch wies auch darauf hin, dass die Europäische Union weit mehr Mittel für die Bewältigung der Folgen der Coronapandemie aufwendet als für die Unterstützung der Ukraine. Als Beispiel nannte er den 800 Milliarden Euro schweren EU-Wiederaufbaufonds, während "die gesamte europäische Hilfe für die Ukraine bisher nur einen Bruchteil dieses Betrags ausmacht".

"Diese Beobachtung ist ein Zeichen dafür, dass trotz historischer Veränderungen in der europäischen Verteidigungspolitik (...) die militärische Unterstützung für die Ukraine just in dem Moment reduziert werden könnte, in dem Kiew eine entscheidende Gegenoffensive startet",

heißt es in der Publikation abschließend.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fde227b480cc57192c8d5f.jpg>

11:21 de.rt.com: **Kommandant der Saporoschje-Bürgerwehr: Kiew untertreibt gezielt seine erheblichen Verluste**

Kiew untertreibt gezielt seine erheblichen Verluste, erklärte Wladimir Nowikow, Kommandeur des Verbandes Troja und Befehlshaber der Saporoschje-Bürgerwehr, in einem Interview mit RIA Nowosti. Dabei [liegen](#) die Verluste des ukrainischen Militärs bereits bei rund 200.000 Toten, sagte Nowikow:

"Ich denke, dass etwa 200.000 Tote und mehr als 300.000 Verwundete nicht in die Reihen zurückkehren werden."

Der Kommandeur hob hervor, dass er verschiedene Informationsquellen nutze.

11:49 de.rt.com: **Sacharowa wirft Kiew bei Situation um AKW Saporoschje nukleare Erpressung vor**

Kiews Vorbereitungen einer aufsehenerregenden Provokation am Kernkraftwerk Saporoschje während des Besuchs des UN-Generalsekretärs António Guterres in der Ukraine sind eine nukleare Erpressung. Dies sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag im russischen Fernsehen. Im Gespräch mit dem Moderator der Sendung Solowjow Live erklärte sie:

"Das ist nicht nur eine Provokation, das ist das, was wir nukleare Erpressung nennen. Was ist es sonst, eine Provokation rund um eine Nuklearanlage für eine lange Zeit, eine direkte Bedrohung für die Atomenergie. Das ist natürlich ein Akt der nuklearen Erpressung."

Sacharowa wies darauf hin, dass die ukrainischen Behörden auf diese Weise nicht nur ein Land oder eine bestimmte politische Einheit, sondern den gesamten europäischen Kontinent erpressten. Sie sagte:

"Wir sprechen über Kernenergie. Der gesamte europäische Kontinent ist in Geiselhaft, denn all das liegt im Zentrum Europas."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fdf16248fbef661d0bc736.jpg>

nachmittags:

12:22 de.rt.com: **Ukrainischer Späher in Cherson festgenommen**

Russische Strafverfolgungsbeamte haben in Cherson einen ehemaligen Offizier der ukrainischen Armee festgenommen. Der Mann habe einem Vertreter der ukrainischen Streitkräfte Koordinaten von russischen Militäreinrichtungen und städtischen Einrichtungen übermittelt, teilten Vertreter der russischen Sicherheitsbehörden Journalisten mit.

Der Inhaftierte selbst berichtete gegenüber Journalisten, dass er nach Beginn der russischen militärischen Sonderoperation seinen ehemaligen Kommandeur, einen Hauptmann der ukrainischen Streitkräfte, der sich in Nikolajew aufhielt, kontaktiert und Hilfe angeboten habe. Laut [RIA Nowosti](#) hob er hervor:

"Er bat mich, Aufmarschpunkte der russischen Streitkräfte in der Stadt Cherson zu identifizieren und ihm die Koordinaten zu geben. Ich habe zugesagt."

Zwischen März und Juli habe er die Koordinaten neun solcher Orte in Cherson übermittelt. Geld habe er dafür nicht erhalten.

12:50 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Gebiet Saporoschje mit US-Haubitzen**
Am Donnerstagmorgen haben die ukrainischen Streitkräfte das Dorf Wodjanoje und die Stadt Kamenka-Dneprowskaja im Gebiet Saporoschje mit US-amerikanischen M777-Haubitzen im Kaliber 155 Millimeter beschossen, teilte der Pressedienst von Energodar mit. Insgesamt meldeten die lokalen Behörden fünf Angriffe der Nationalisten gegen die beiden Siedlungen. Infolge des Beschusses wurden zwei Wohnhäuser zerstört und ein weiteres sowie eine Stromleitung stark beschädigt. Menschliche Opfer gab es laut dem Bericht nicht zu beklagen.

13:04 de.rt.com: **Frau stirbt bei erneutem ukrainischen Beschuss von Donezk**
Am Donnerstag wurde in Donezk eine Zivilistin durch den ukrainischen Beschuss der Stadt getötet. Dies teilte die DVR-Mission dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mit. In einer entsprechenden Erklärung heißt es laut [TASS](#):
"Die Einsatzleitung des Gemeinsamen Zentrums für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands der DVR erhielt am 18. August Informationen über zivile Opfer in den Städten der Republik. In Donezk, Bezirk Petrowski, wurde eine Frau, Jahrgang 1961, getötet."

13:16 de.rt.com: **Kiew plant durch Artilleriebeschuss von Nikopol aus medienwirksame Provokation am AKW Saporoschje**
Kiew bereitet für Freitag, den 19. August, anlässlich des Besuchs des UN-Generalsekretärs António Guterres in der Ukraine eine öffentlichkeitswirksame Provokation am Kernkraftwerk Saporoschje in Energodar vor. Hierfür wird Artillerie im benachbarten Nikopol in Stellung gebracht.
Generalleutnant Igor Konaschenkow, offizieller Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, gab am Donnerstag in Anwesenheit von Journalisten folgende Warnung aus:
"Am 19. August bereitet das Kiewer Regime für die Zeit des Besuchs des UN-Generalsekretärs António Guterres in der Ukraine eine öffentlichkeitswirksame Provokation am Kernkraftwerk Saporoschje vor, mit dem Ergebnis, dass die Russische Föderation beschuldigt werden soll, in diesem Kraftwerk eine technische Katastrophe herbeigeführt zu haben."
Ihm zufolge sei es geplant, dass die Kräfte einer Artilleriebrigade der ukrainischen bewaffneten Formierungen am Tag des Besuchs von Feuerstellungen im benachbarten Nikopol aus auf das in Energodar befindliche Kernkraftwerk schießen:
"Einheiten der 44. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte planen für den 19. August Artillerieangriffe auf das Gelände des KKW Saporoschje von Feuerstellungen in der Stadt Nikopol aus."
Konaschenkow betonte, dass die russischen Streitkräfte für die Folgen verantwortlich gemacht werden sollen.
Bestenfalls würde zu solchen Folgen gehören, dass die UN-Delegation unter der Leitung von Guterres nicht am Atommeiler eintreffen kann. Darauf, dass dies wegen des ukrainischen Artilleriebeschusses in diesem Gebiet für etwaige Inspektionen der Internationalen Atomenergieorganisation ebenso der Fall wäre, [hatte](#) zuvor bereits das russische Außenministerium [hingewiesen](#). Dort wertete man die laut russischer Aufklärungsdaten von Kiew vorbereitete Provokation und den vorherigen Dauerbeschuss als Nuklearerpressung des gesamten europäischen Kontinents – Sprecherin Maria Sacharowa [brachte](#) dies wie folgt zum [Ausdruck](#):

"Das ist nicht bloß eine Provokation – das ist das, was wir als Nuklearerpressung bezeichnet haben. Ja, was soll es denn sonst auch sein, diese Provokation um einen Nuklearstandort über lange Zeit hinweg, diese unmittelbare Bedrohung gegen Objekte der nuklearen Energie? Das ist ohne Wenn und Aber ein Akt der nuklearen Erpressung. (...) Die Rede ist von Kernenergie und die Geisel dabei ist der gesamte europäische Kontinent – weil das alles sich im Zentrum Europas befindet. (...) Mittlerweile hat die Wissenschaft uns aufgezeigt, dass Folgen technischer Katastrophen und anderweitiger Tragödien an Nuklearstandorten keine Grenzen haben, sondern [allenfalls] nur zeitliche Beschränkungen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fdf27db480cc62c6134c2f.jpg>

Leitwerkschaft (Fuß) einer als Freifallbombe bei einem Drohnenangriff der ukrainischen Streitkräfte auf ein Gebäude am AKW Saporoschje abgeworfenen Mörsergranate. 12. 07. 2022

13:27 de.rt.com: **Russische Nationalgarde entdeckt mehr als 20 Waffen- und Munitionsverstecke in der Volksrepublik Lugansk**

Beamte der Russischen Nationalgarde, Rosgwardija, haben in der Volksrepublik Lugansk 23 Verstecke mit Waffen und Munition entdeckt, die Komplizen der ukrainischen Streitkräfte gehören sollen. Das teilte der Pressedienst der Sicherheitsbehörde der Agentur [TASS](#) mit. In den Verstecken sollen sich auch Waffen und Munition aus ausländischer Produktion befunden haben.

Außerdem seien zwei Verdächtige festgenommen, die der Beihilfe der ukrainischen Armee beschuldigt werden. Sie sollen an Aktionen feindlicher Sabotage- und Aufklärungsgruppen beteiligt gewesen sein.

Nach Angaben des russischen Innenministeriums wurden etwa 50 Granatwerfer, darunter fünf ausländische M-72, polnische und israelische Modelle, sowie mehr als 200 Schuss zugehöriger Munition gefunden. Außerdem wurden etwa 100 Handgranaten, über 40.000 Schuss Munition für Handfeuerwaffen verschiedener Kaliber und über 1.000 Artilleriegranaten und Minen, darunter 120-Millimeter-Mörsergranaten vom Typ Mortar bomb HE 120 gefunden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fe00e048fbef679e19c069.jpg>

13:48 de.rt.com: **Russische Luftwaffe zerschlägt Bataillon der ukrainischen Armee bei Awdejewka**

Die russische Luftwaffe hat in der Nähe von Awdejewka ein Bataillon der ukrainischen motorisierten Infanteriebrigade mit Verlusten von über 60 Prozent zerschlagen. Das teilte das russische Verteidigungsministerium mit. In der Erklärung hieß es laut [RIA Nowosti](#): "Infolge des Einsatzes der operativ-taktischen Luftstreitkräfte der russischen Luftwaffe in der Nähe von Awdejewka hat das 37. Bataillon der 56. mechanisierten Infanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte seine Kampfkraft vollständig verloren. Der Personalverlust lag bei über 60 Prozent. Die Reste des Bataillons wurden vom Einsatzführungskommando Donezk zur Neuformierung von der Front abgezogen."

14:07 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Deutschland, Polen und die Slowakei beim Unfall an AKW Saporoschje durch radioaktive Strahlung bedroht**

Das russische Verteidigungsministerium hat vor katastrophalen Folgen eines möglichen Unfalls am Kernkraftwerk Saporoschje im gleichnamigen Gebiet durch dessen andauernden Beschuss durch die ukrainische Armee gewarnt. Die Behörde veröffentlichte eine Karte, die die Auswirkungen einer solchen Atomkatastrophe zeigt. Dazu gehören unter anderem die Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Atmosphäre infolge der Zerstörung der Reaktorblöcke des größten Kernkraftwerks Europas und "deren Ausbreitung über Hunderte von Kilometern hinweg".

So würde die radioaktive Strahlung Länder wie Deutschland, Polen, die Slowakei, Rumänien und Moldawien erreichen, erklärte Generalleutnant Igor Kirillow, der Leiter der ABC-Abwehrtruppen der russischen Streitkräfte, bei einer Pressekonferenz am Donnerstag. Sollte etwa ein Viertel des Inhalts eines einzigen Reaktors des AKW in die Luft gelangen, würden die Radionuklide sogar "Skandinavien einhüllen", fügte er hinzu.

Kirillow verglich die Auswirkungen einer solchen Havarie mit den Nuklearkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Ferner betonte er:

"Eine solche Notsituation wird zu einer Massenabwanderung der Bevölkerung führen und katastrophalere Folgen haben als die drohende Gasenergiekrise in Europa, was die Prognosen mehrerer europäischer Fachorganisationen bestätigen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fe0c86b480cc4bbe23c756.jpg>

Reaktor-Blöcke des Kernkraftwerks Saporoschje in Energodar

14:28 de.rt.com: **US-Provokation durch Pelosis Besuch in Taiwan – China schätzt Putins Einstellung sehr**

Der Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan wurde nicht nur in Peking als Provokation angesehen. Das chinesische Außenministerium erklärte, dass die Haltung des russischen Präsidenten auch die hochrangige strategische Zusammenarbeit zwischen China und Russland widerspiegeln.

China "schätzt" die kritischen Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin über den "provokativen" Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan sehr, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, am Mittwoch.

Wang stellte außerdem fest, dass Putins Position die hochrangige strategische Zusammenarbeit zwischen China und Russland widerspiegeln und Ausdruck der "konsequenten und festen gegenseitigen Unterstützung" der beiden Länder in Fragen sei, die die wichtigsten nationalen Interessen des jeweils anderen betreffen.

Der Sprecher wies auch darauf hin, dass nach Pelosis Reise nach Taipeh mehr als 170 Länder ihr Bekenntnis zum "Ein-China-Prinzip" bekräftigt und Peking bei seinen Bemühungen um die Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität Chinas unterstützt hätten.

Die Erklärung des chinesischen Außenministeriums erfolgte, nachdem Putin am Dienstag auf der 10. Internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau den Taiwan-Besuch von Pelosi als "sorgfältig geplante Provokation" kritisiert hatte. Der russische Präsident deutete an, dass die Reise der US-Politikerin Teil der bewussten Strategie Washingtons zur Destabilisierung der Lage im asiatisch-pazifischen Raum sei und dass es sich "nicht nur um die Reise eines einzelnen unverantwortlichen Politikers handelt, sondern um eine dreiste Demonstration der Missachtung der Souveränität eines anderen Landes".

Putin wies auch darauf hin, dass westliche "globalistische Eliten" solche Provokationen nutzen, um die Aufmerksamkeit ihrer eigenen Bürger von akuten sozioökonomischen Problemen abzulenken und ihr eigenes Versagen auf Länder wie Russland und China zu schieben. Der Präsident fügte hinzu, dass Moskau und Peking ihren eigenen Standpunkt verteidigten, indem sie eine souveräne Entwicklungspolitik aufbauten, die sich nicht dem Diktat der supranationalen Eliten unterwerfe.

Die 82-jährige Pelosi war seit 1997 die ranghöchste US-Beamtin, die Anfang des Monats die selbstverwaltete Insel Taiwan besuchte – trotz mehrfacher Warnungen Pekings. China reagierte auf den Besuch der Sprecherin mit "beispiellosen" Militärübungen in der Straße von Taiwan. Es verhängte Handelsbeschränkungen gegen Taipeh, verhängte Sanktionen gegen Pelosi und ihre Familie und brach die diplomatischen Beziehungen zu den USA in einer Reihe von Schlüsselbereichen ab, darunter Klimawandel, Sicherheit auf See und andere militärische

Bereiche.

Peking betrachtet Taiwan als souveränes chinesisches Territorium. Seit dem Jahr 1949 wird die Insel von Nationalisten regiert, die mithilfe der USA vom Festland geflohen waren, nachdem sie den chinesischen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten verloren hatten. Die USA erkennen die Souveränität Chinas über Taiwan offiziell an, billigen sie aber nicht. Obwohl amerikanische Gesetzgeber und Beamte regelmäßig auf die Insel reisen, betrachtet Peking Besuche hochrangiger US-Persönlichkeiten als stillschweigende Unterstützung der taiwanesischen Unabhängigkeit.

Auch innerhalb Washingtons hatten sich bereits vor dem Besuch ablehnende Stimmen gemeldet, die allerdings übergangen wurden. Wie Craig Singleton in Foreign Policy schrieb: "Pelosis schlecht getimter Schachzug ging nach hinten los – und zwar gewaltig. Schlimmer noch, seine destabilisierende Wirkung war in Gänze vorhersehbar und vermeidbar, was erklärt, warum Beamte des Weißen Hauses und des US-Verteidigungsministeriums sie wiederholt aufgefordert haben, ihre Reise nach Taipeh zu verschieben."

Dennoch kündigten Washington und Taipeh am Donnerstag an, Handelsgespräche im Rahmen einer neuen Initiative aufnehmen zu wollen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fd3c1248fbef3a6a6b0fe4.jpg>

Die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, als ranghöchste US-Repräsentantin seit vielen Jahren in Taipeh, Taiwan, 3. August 2022

14:28 de.rt.com: **Razzien gegen Callcenter in der Ukraine verringern IT-Kriminalität in Russland**

Das harte Durchgreifen gegen Callcenter in den befreiten Gebieten der Ukraine während der russischen Sonderoperation hat allein im ersten Quartal dieses Jahres bereits zu einem Rückgang der IT-Kriminalität in Russland um 8,5 Prozent geführt. Darauf wies der russische Innenminister Wladimir Kolokolzew hin. Er erklärte laut RIA Nowosti:

"In der Russischen Föderation wird immer noch jede vierte Straftat mit Hilfe von IT-Technologien begangen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist ihre Zahl jedoch deutlich zurückgegangen – um 8,5 Prozent. Nach Ansicht von Experten ist dies ein Beweis für die massive Beteiligung der Callcenter, die in der Ukraine angesiedelt sind und während der militärischen Sonderoperation der russischen Streitkräfte unschädlich gemacht wurden."

Der Minister gab diese Erklärung während eines per Videokonferenz abgehaltenen Treffens der Minister für Inneres und öffentliche Sicherheit der Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fe127548fbef661d0bc75f.jpg>

15:36 (14:36) deu.belta.by: **Polnischer Staatsbürger bat um politisches Asyl in Belarus wegen Angst um sein Leben**

Ein polnischer Staatsbürger hat in Belarus politisches Asyl beantragt, weil er um sein Leben fürchten soll, teilt das Staatliche Grenzschutzkomitee mit.

Wie das Staatliche Grenzschutzkomitees berichtete, ist am 17. August ein polnischer Staatsbürger an der Grenzübergangsstelle „Brest“ ohne Visum erschienen. Bei der Grenzkontrolle bat er die belarussischen Grenzschutzbeamten um einen Flüchtlingsstatus. Der Mann sagte, er habe sich entschlossen, nach Belarus zu gehen und hier den Schutz zu ersuchen, weil er um sein Leben und seine Gesundheit fürchte. Der polnische Staatsangehörige wurde durchgelassen und beauftragt, bei den Behörden des Innenministeriums einen Asylantrag zu stellen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1660826393_61718_big.jpg

14:51 de.rt.com: **Medwedew an EU-Bürger: "Zieht die Idioten in euren Regierungen zur Rechenschaft"**

Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates, hat die EU-Bürger dazu aufgerufen, die Haltung ihrer Regierungen zu den Beziehungen mit Russland kritisch zu hinterfragen. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Handeln Sie, europäische Nachbarn! Schweigen Sie nicht. Ziehen Sie die Idioten zur Rechenschaft. Und wir werden Sie erhören. Der Vorteil liegt auf der Hand – in Gesellschaft

mit Russland ist es im Winter viel wärmer und gemütlicher als in der stolzen Einsamkeit mit ausgeschaltetem Gasherd und kalter Heizung."

Medwedew zufolge "wetteifern die europäischen Regierungen darum, wer ihnen am bösesten verkündet, dass er alle Beziehungen zu Russland abbrechen will". Gleichzeitig, so der Politiker, "haben die Bürger Meinungsfragen nach zu urteilen, ihren gesunden Menschenverstand nicht verloren" und wollen die Beziehungen nicht endgültig abbrechen. Der ehemalige russische Präsident hob hervor, dass die Menschen in der EU "normale persönliche Kontakte, russische Energie in den Heizkesseln, einen Markt für ihre Waren und erfolgreichen Handel" bevorzugen würden. Medwedew betonte:

"Wir verschließen uns vor niemandem und wir unterstützen jeden vernünftigen Vorschlag. Wir würden uns jedoch wünschen, dass die EU-Bürger nicht einfach nur leise ihre Unzufriedenheit mit den Handlungen ihrer Regierungen zum Ausdruck bringen, sondern auch etwas deutlicher werden. Zum Beispiel, indem sie sie für ihre offensichtliche Dummheit zur Rechenschaft ziehen."

Medwedew erinnerte daran, dass in Europa bereits vier Kabinettsminister innerhalb kurzer Zeit zurückgetreten seien. Und dies sei "eindeutig nicht das Ende".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fe1f8248fbef689e646db6.jpg>

15:07 de.rt.com: **Experte: Die Krise, die über Europa hereinbricht, ist in der Geschichte beispiellos**

Experten zufolge ist die bevorstehende Wirtschaftskrise einmalig in der europäischen Geschichte. Ein vergleichbares Ausmaß habe nur die Große Depression in den Vereinigten Staaten.

Die Wirtschaftskrise, die sich in Europa als Folge des Krieges in der Ukraine und der gegen Russland verhängten Sanktionen abzeichnet, wird einzigartig sein, sagte Pawel Samijew, Experte und Leiter der analytischen Agentur BusinessDrome, in einem Interview mit Lenta.ru. Diesmal hätten die europäischen Staaten gleichzeitig mit Wirtschafts-, Energie- und Nahrungsmittelschwierigkeiten zu kämpfen. Der Experte erläuterte:

"Die bevorstehende Krise ist einzigartig, weil drei Faktoren gleichzeitig zusammenkommen. Erstens würde es jetzt ohnehin eine zyklische globale Krise geben, die um die Jahreswende 2021/2022 erwartet wurde. Aber während der Pandemie wurden alle Märkte mit Geld überschwemmt, sodass die Krise vermieden werden konnte, obwohl eine zyklische Version davon sogar notwendig ist."

Die "Überschwemmung der Märkte mit Geld" könne die Krise, die wir derzeit erleben, "nur noch verschärfen, wodurch sie mit der Großen Depression in den USA vergleichbar wäre", so

der Experte:

"Parallel zur Wirtschaftskrise erleben wir, zumindest in Europa, eine massive Energiekrise. Dazu kommt eine Nahrungsmittelkrise, die mit der Ernte oder der Logistik zusammenhängt. Auch inflationäre Faktoren haben ihren Teil dazu beigetragen. Infolgedessen haben wir es mit drei starken Krisen gleichzeitig zu tun. Das ist beispiellos – normalerweise gibt es entweder nur eine wirtschaftliche oder nur eine sektorale Krise."

Dem Experten zufolge seien die Auswirkungen der derzeitigen Krise gerade deshalb nicht vorhersehbar, weil sie so einzigartig ist.

In jedem Fall wird der Wirtschaftsraum eine gewisse Neuausrichtung der Technologie, eine Umstrukturierung der Märkte sowie Rückgänge in einer Reihe von Marktsegmenten erleben, so der Experte.

Bloomberg hatte zuvor [berichtet](#), dass 60 Prozent der von der Agentur befragten Experten eine Rezession für die Wirtschaft der Eurozone vorhersagen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe398ab480cc54521ccd0b.jpg>

15:42 de.rt.com: **Militär der Donezker Volksrepublik nimmt wichtiges Areal Richtung Awdejewka ein**

Das Militär der Donezker Volksrepublik hat mit Unterstützung von Artillerie eine Anhöhe in Richtung Awdejewka eingenommen, die von ukrainischen Truppen als Beobachtungsposten und Schützenstand genutzt wurde. Das teilte der Kommandeur der Haubitzenbatterie der 1. Slawjansker Brigade, Rufname "Bär", [RIA Nowosti](#) mit. Er sagte:

"Wir führen die uns zugewiesenen Aufgaben aus, den Feind bei Awdejewka zu eliminieren und unseren Truppen und Infanterie den Rücken zu decken. Unsere Truppen haben die Mine Butowka eingenommen. Natürlich waren die Kämpfe dort schwer, aber die Infanterie hat ihre Aufgabe gemeistert."

Awdejewka liegt nördlich von Donezk und ist Teil des Ballungsraums Donezk-Makejewka. Die Stadt befindet sich seit dem Jahr 2014 an der Front und befindet sich derzeit unter ukrainischer Kontrolle. Die Stellungen um Awdejewka ermöglichen es den ukrainischen Streitkräften, die nördlichen Außenbezirke von Donezk und Jasinowataja sowie die südlichen Außenbezirke von Gorlowka zu kontrollieren. Außerdem befindet sich in der Stadt die Kokerei Awdejewka, eines der größten Unternehmen dieser Branche in Europa.

15:46 de.rt.com: **Scholz: "Niemand in diesem Land hat vor, dass auf Demonstranten geschossen wird"**

Als Scholz am Mittwoch im brandenburgischen Neuruppin ankam, wurde er von einer sich über die Politik empörenden Menge empfangen. Auf die Befürchtung der Menschen, die Bundeswehr könne Proteste künftig gewaltsam zerschlagen, entgegnete der Bundeskanzler: "Niemand hat vor, dass auf Demonstranten geschossen wird."

Bei einem Auftritt im brandenburgischen Neuruppin ist Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch auf lautstarken Protest der Anwohner gestoßen. Hunderte Protestierende

skandierten "Volksverräter", "Lügner" und "Hau ab". Stellenweise war Scholz angesichts eines Pfeifkonzerts und aufgrund von Sprechchören kaum zu verstehen.

Grund für seinen Besuch war ein gemeinsamer Bürgerdialog mit der Bundestagsabgeordneten Wiebke Papenbrock (SPD), der auf dem Schulplatz der brandenburgischen Stadt stattfand. Sowohl die AfD als auch Die Linke hatten zuvor zu Gegendemonstrationen aufgerufen. Dem Aufruf waren schätzungsweise mehrere Hundert Menschen gefolgt. Genaue Angaben zur Teilnehmerzahl gab es von der Polizei zunächst jedoch keine.

Scholz trat dennoch auf, obwohl er über eine Lautsprecheranlage gegen die Sprechchöre ankämpfen musste. Unter anderem bekräftigte der SPD-Politiker die Ankündigung, in den nächsten Tagen ein weiteres Paket zur Entlastung der Bürger gegen Inflation und hohe Energiekosten vorzustellen. Zwar würden die bisherigen Beschlüsse der Ampel-Koalition den Bürgern Entlastungen von rund 30 Milliarden Euro bringen, davon sei jedoch noch nicht alles bei den Steuerzahlern angekommen, versuchte Scholz zu beschwichtigen:

"Da muss noch mehr passieren."

Was genau, werde die Regierung in den nächsten Tagen entscheiden. Außerdem verteidigte der Bundeskanzler die zur Unterstützung der Gasversorger beschlossene Gasumlage.

Mit seinen Versprechen konnte er die aufgebrachte Menge vor Ort allerdings nicht beruhigen. Scholz ging deshalb auch auf mehrere Zwischenrufe der Protestierenden ein. Den Menschen im Land bereite es Sorge, dass die Bundeswehr ein "territoriales Führungskommando" erhalten hat, das ab Oktober für die "neuen Herausforderungen" im Bereich der inneren Sicherheit, darunter auch "Assistenzeinsätze" bei Demonstrationen, zuständig sein soll, hieß es aus der Menge an Scholz gewandt.

Es bestehe die Sorge, dass es zu einer gewaltsamen Zerschlagung von berechtigten Demonstrationen durch die Bundeswehr im Auftrag der Regierung kommt, so die Protestierenden weiter, woraufhin Scholz entgegnete:

"Niemand in diesem Land hat vor, dass auf Demonstranten geschossen wird."

Wer solche Schauermärchen verbreite, so Scholz, "ist ein schlimmer Propagandist, wenn ich dass einmal ganz deutlich sage".

Soll die Bundeswehr künftig Proteste in Deutschland zerschlagen?

In den vergangenen Wochen war vonseiten der Politik vermehrt über mögliche Massenproteste im Herbst gegen die Regierungspolitik spekuliert worden. Angeheizt worden waren die Spekulationen durch eine Äußerung von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, welche die Grünen-Politikerin mit Blick auf den derzeitigen Gasmangel infolge westlicher Sanktionen gegen Russland gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) tätigte:

"Die Kanadier haben gesagt: 'Wir haben viele Fragen.' Da haben wir gesagt: Das können wir verstehen. Aber wenn wir die Gasturbine nicht bekommen, dann bekommen wir kein Gas mehr, und dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten, weil wir dann mit Volksaufständen beschäftigt sind."

Auf die Nachfrage, ob sie wirklich mit Volksaufständen rechne, erwiderte die Außenministerin zwar, dass das "vielleicht etwas überspitzt" ausgedrückt gewesen sei. Sie betonte aber auch, dass ein solches Szenario tatsächlich drohe, "wenn wir kein Gas mehr hätten".

"Das ist ja genau mein Punkt, dass wir Gas aus Russland weiter brauchen."

Die hohen Gaspreise seien für viele Menschen in Deutschland eine große Belastung, so Baerbock weiter. Tatsächlich könnte die Außenministerin nicht falsch liegen, denn laut einer Insa-Umfrage hätten 44 Prozent der Deutschen erkennen lassen, dass sie an Demonstrationen gegen hohe Energiepreise teilnehmen würden. Deshalb müssten die Energiepreise in Deutschland auch sinken, erklärte Baerbock.

"Das ist unsere wichtige Aufgabe für den Winter, wir müssen dafür sorgen, dass dieser Krieg nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führt."

Lambrecht senkte Berechtigungsschwelle

Es war Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, die mit der Gründung eines "territorialen Führungskommandos" den Grundstein dafür legte, die Bundeswehr künftig auch gegen die protestierende Bevölkerung in Deutschland einsetzen zu können. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist aber mit hohen gesetzlichen Hürden verbunden. Innerhalb Deutschlands darf die Bundeswehr so nur in bestimmten Ausnahmefällen aktiv werden. Einer davon ist der innere Notstand. Hier darf die Bundeswehr laut Grundgesetz ([Art. 87a Abs. 4 GG in Verbindung mit Art. 91 Abs. 2 GG](#)) zum Schutz von zivilen Objekten und bei der "Bekämpfung nicht staatlicher Gegner" eingesetzt werden, "wenn diese organisiert und militärisch bewaffnet sind". Dies gilt gemäß einem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages derzeit allerdings nur, wenn die "freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes gefährdet ist" und die Kräfte von Polizei und Bundespolizei nicht ausreichen, was im Fall einer Massenprotestbewegung vermutlich zutreffen würde.

Allerdings liegt ein solcher Fall dann auch "oberhalb der Einsatzschwelle". Das bedeutet, dass bei einem solchen Szenario auch militärische Mittel eingesetzt werden. In einem [Beschluss](#) des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Mai 2010 heißt es dazu:

"Es ist sicherzustellen, dass die Streitkräfte niemals als innenpolitisches Machtinstrument eingesetzt werden – abgesehen von dem extremen Ausnahmefall des Staatsnotstandes, in dem nur zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer als letztes Mittel auch Kampfeinsätze der Streitkräfte im Inland zulässig sind (Art. 87a Abs. 4 GG)." Unklar bleibt jedoch, wer oder was aus welchem Grund als Gefahr für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" eingestuft werden kann und ab wann die als "nicht staatliche Gegner" definierten Personen, die auf Amtsdeutsch auch "Gefährder" genannt werden, als "organisiert" oder "bewaffnet" gelten. Dies ist Auslegungssache des Justizapparats.

Zivile Reserve wird in Stellung gebracht

Kürzlich wurde bekannt, dass die Bundeswehr die bisherigen 16 Reservistenverbände in Deutschland derzeit zu insgesamt fünf Heimatschutzkompanien unter der Führung des für Inlandseinsätze zuständigen territorialen Führungskommandos der Bundeswehr zusammenlegt. Durch die neue Regimentsstruktur erhofft sich das Bundesverteidigungsministerium, Heimatschutzkräfte im Ernstfall schneller mobilisieren zu können – eben auch bei womöglich eskalierenden Demonstrationen, wie sie in Deutschland wegen der verfehlten Corona- sowie Energiepolitik erwartet werden.

In solchen Fällen sollen die Reservesoldaten die "aktive Truppe" in erster Linie zwar nur "entlasten", etwa indem sie in Notstandslagen auch mal Aufgaben zum Schutz bestimmter Einrichtungen sowie kritischer Infrastruktur wahrnehmen. Das sollen sie laut Angaben der Bundeswehr im Ernstfall allerdings schwer bewaffnet tun. [Laut](#) Bundesaußenministerin Annalena Baerbock müsse es der Bundesregierung angesichts der sozialen Verwerfungen in Deutschland gelingen, "die sozialen Kompetenzen abzufedern".

Ob die Bundesregierung dies mithilfe der Bundeswehr und ihrer Reservisten versucht, ließ die Grünen-Politikerin allerdings offen. Ähnliche Äußerungen tätigte in diesem Zusammenhang auch Deutschlands ranghöchster Soldat, General Eberhard Zorn. "Ich kann Ihnen aktuell keine Beruhigung der Lage versprechen; eher im Gegenteil, alles nimmt zu, die Krisen werden mehr", mahnte Zorn vor einigen Wochen auf einer Veranstaltung des Verbandes der Reservisten im saarländischen Eppelborn:

"Es müssen viel mehr Truppenteile in der Lage sein, innerhalb kürzester Zeit mit Gerät und Personal präsent zu sein."

Weshalb die Truppenteile dazu in der Lage sein "müssen", erläuterte der General nicht.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456256614&hash=b58d7fdb6d1779d2" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456256614

16:03 de.rt.com: **MiG-31-Flugzeuge mit Kinschal-Raketen wurden in das Kaliningrader Gebiet verlegt**

Wie das russische Verteidigungsministerium mitteilte, wurden drei Abfangjäger MiG-31 mit Hyperschallraketen des Typs Kinschal in das Gebiet Kaliningrad verlegt. In der Erklärung heißt es:

"Heute, am 18. August 2022, wurden im Rahmen zusätzlicher strategischer Abschreckungsmaßnahmen drei MiG-31-Flugzeuge mit Hyperschallraketen vom Typ Kinschal auf den Flugplatz Tschkalowsk im Gebiet Kaliningrad verlegt."

Es ist vorgesehen, dass die MiGs rund um die Uhr im Kampfeinsatz sein werden.

Während des Fluges, so fügte das Ministerium hinzu, wurden die Fragen des Zusammenwirkens mit der Jagdfliegerei der 6. Armee der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung sowie der Marinefliegerei der Baltischen Flotte geklärt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe5f20b480cc53760a77c1.jpg>

MiG-31K-Überschall-Abfangjäger mit dem "Erzeugnis 9-C-7760" (Hyperschallrakete Kinschal) in Kubinka, 15. August 2022

16:28 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Idee der Entmilitarisierung der Zone um AKW Saporoschje inakzeptabel**

Die Umsetzung von Vorschlägen zur Einrichtung einer entmilitarisierten Zone um das Atomkraftwerk Saporoschje sei inakzeptabel, da sie die Anlage noch anfälliger machen würde. Dies erklärte Iwan Netschajew, stellvertretender Direktor der Presse- und Informationsabteilung des russischen Außenministeriums. Während eines wöchentlichen Briefings des russischen Außenministeriums sagte er:

"Kiew hat wiederholt bewiesen, dass es in der Lage ist, Provokationen zu organisieren und dass es nicht in der Lage ist, nationalistische Gruppierungen zu kontrollieren. Aus demselben Grund sind die Vorschläge für eine entmilitarisierte Zone um das AKW Saporoschje inakzeptabel. Ihre Umsetzung würde die Anlage noch anfälliger machen."

16:40 de.rt.com: **Bundesnetzagentur: Regionaler Gasmangel im Winter wahrscheinlich**

Die Bundesnetzagentur rechnet damit, dass es im kommenden Winter zumindest regional einen Gasmangel in Deutschland geben könnte. Wie dieser sich gestaltet, bleibt wohl abzuwarten. Verbraucher sind bereits jetzt angesichts der horrenden Preise verzweifelt. Ein Deutschland ohne Gas aus Russland ist ein anderes. Dass es teuer wird, haben alle bereits gemerkt, und das bringt die Menschen laut Verbraucherschützern zur Verzweiflung, wie die

Vorsitzende der Verbraucherzentrale Bundesverband, Ramona Pop, der Deutschen Presse-Agentur in Berlin sagte.

"Sie fragen: Wie soll man tatsächlich über diesen Herbst und Winter kommen?"

Und diese Frage scheint umso berechtigter, da es womöglich nicht nur unerschwinglich sein wird, sondern regional sogar zu Gasmangel kommen könnte, wie der Chef der Bundesnetzagentur Klaus Müller dem Nachrichtenportal T-Online in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview ankündigte:

"Vermutlich wären die Einschränkungen erst einmal temporär und können auch wieder enden oder mehrfach auftreten."

In diesem Fall müsse man dafür sorgen, dass Gas gut durchs Land transportiert werde. Das Szenario eines regionalen Gasmangels sei wahrscheinlich, sagte Müller.

"Womöglich aber läuft es sogar etwas besser." Dafür müsste gewährleistet sein, dass die Gasimporte im kommenden Jahr größer ausfallen – als Beispielszenarien nennt Müller, dass die zwei zusätzlichen privaten Flüssiggasterminals so früh wie möglich fertig sind oder Deutschland zusätzliches Gas aus Frankreich bekäme. "Dann könnten wir davon ausgehen, dass wir unsere Speicher nächsten Sommer wieder schneller füllen können."

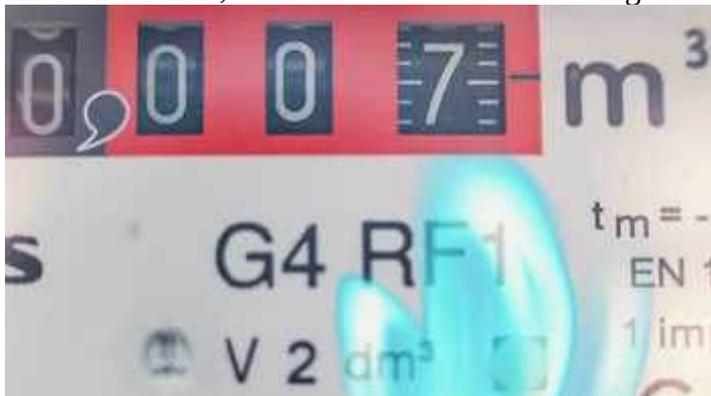
Die von der Politik erhoffte über 90-prozentige Befüllung der Speicher vor diesem Winter ist laut Müller unwahrscheinlich. "Einen durchschnittlichen Füllstand von 95 Prozent zum 1. November verfehlen wir in all unseren Szenarien. Das werden wir kaum hinkriegen, weil einzelne Speicher von einem sehr niedrigen Füllstand gestartet sind."

Inwieweit LNG oder europäische Nachbarländer als alternative Quellen in Frage kommen, muss sich wohl noch zeigen. Denn der Plan, dass in Wilhelmshaven und in Brunsbüttel schwimmende LNG-Terminals in Betrieb gehen sollen, stellte in der Planung frühestens zum Frühjahr 2024 "voll ausgelastet" Gas zur Verfügung.

Mit einer jährlichen Regasifizierungskapazität von bis zu 12,5 Milliarden Kubikmetern bieten die Terminals laut dem Bundeswirtschaftsministerium eine direkte Möglichkeit, Erdgas für den deutschen Markt aus Regionen zu beziehen, die durch Gasleitungen nicht zu erreichen seien. Allerdings ist die Menge vergleichsweise gering. Durch Nord Stream 2 wären pro Jahr 55 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland geflossen.

Frankreich beispielsweise orientiert sich im Moment umgekehrt wohl an Deutschland als Bezugsquelle für Strom. Der Branchenverband Zukunft Gas jedenfalls vermutet als Grund für die im Vergleich zum Vorjahresmonat höhere Stromproduktion von Gaskraftwerken eine stark erhöhte Stromnachfrage aus dem westlichen Nachbarland, in dem derzeit zahlreiche Atomkraftwerke nicht am Netz sind, sowie aus der Schweiz, wo es ebenfalls Probleme mit der Kernkraft gab und zudem wegen der Dürre weniger Strom aus Wasserkraft produziert werden kann.

Der tschechische Industrie- und Handelsminister Jozef Síkela bat derweil angesichts einer möglichen Gasnotlage die privaten Haushalte um Solidarität, Verständnis und Hilfsbereitschaft, damit die Wirtschaft und wenigstens ihre Grundlagen funktionieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe293c48fbef6c5f0a28f5.jpg>

16:54 de.rt.com: **Türkisches Verteidigungsministerium: 43 Getreideschiffe seit Öffnung des Korridors in See gestochen**

Seit der Einigung auf den Korridor für ukrainisches Getreide sind nach türkischen Angaben bereits 43 Schiffe in See gestochen. 25 davon hätten die Ukraine verlassen, 18 hätten sich auf den Weg zu ukrainischen Häfen gemacht, teilte das türkische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit. Somit seien mehr als 622.000 Tonnen Getreide aus ukrainischen Häfen verschifft worden, hieß es.

Die UN und die Türkei hatten Ende Juli Vereinbarungen vermittelt, dass die Ukraine wieder Getreide über ihre Schwarzmeerhäfen ausführen darf. Es wird geschätzt, dass mehr als 20 Millionen Tonnen Getreideerzeugnisse in der Ukraine lagern. Um die Vereinbarungen soll es auch bei dem am Donnerstag stattfindenden Treffen zwischen UN-Generalsekretär António Guterres, dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in Lwow gehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fe3466b480cc54521ccd02.jpg>

Das Frachtschiff Razoni – das erste Schiff mit ukrainischem Getreide – verlässt nach einer Inspektion den Hafen von Istanbul, 3. August 2022

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 18. August 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 80 befreiten Ortschaften wurden **Renten und Sozialleistungen ausgezahlt**.

Mehr als 6100 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken** in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasnyj Lutsch, Nowoje, Losowoje und Rubzy durchgeführt.

In Wolnowacha, Mariupol und Krasnyj Liman gehen die **Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem** weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 12 Hektar Territorium untersucht und 218 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige **Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät** sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja-Bezirk abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:33 de.rt.com: **Ungarischer Premierminister: Krieg in der Ukraine wird westliche Vorherrschaft beenden**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin Tichys Einblick erklärt, dass die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine die globale Vorherrschaft des Westens beenden würde. Der ungarische Regierungschef sagte:

"Nach dem Ende des Krieges in der Ukraine wird die EU schwächer sein als vor dem Krieg. Andere Länder und Regionen werden hingegen gewinnen. Erstens kann der Westen den Krieg in der Ukraine militärisch nicht gewinnen. Zweitens haben die Sanktionen Russland in keiner Weise destabilisiert. Drittens ist ihr Schaden für Europa enorm. Viertens steht die Welt nicht hinter den USA und der Ukraine."

Er wies darauf hin, dass ein großer Teil der Welt die Rhetorik des Westens trotzig ablehnt: "die Chinesen, Inder, Brasilianer, Südafrikaner, die arabische Welt, Afrika", und deutete an, dass dieser besondere Krieg die westliche Vorherrschaft beenden würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe4085b480cc4bbe23c79b.jpg>

abends:

18:02 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Moskau wird die Begrenzung der Visaerteilung für Russen in der EU nicht unbeantwortet lassen**

Russland schließt nicht aus, dass auf der Ebene der Europäischen Union beschlossen wird, keine Schengen-Visa mehr für Russen auszustellen. Solche Schritte werden nicht ohne eine angemessene Antwort aus Moskau erfolgen, die bald bekannt gegeben wird, sagte Iwan Netschajew, stellvertretender Direktor der Presse- und Informationsabteilung des russischen Außenministeriums. Bei dem Briefing sagte er:

"Wir können nicht ausschließen, dass solche diskriminierenden Entscheidungen sowohl auf EU-Ebene als auch von Seiten einzelner Staaten in vollem Umfang getroffen werden, selbst wenn es keinen gesamteuropäischen Konsens gibt. Auch hier gilt, dass diese Schritte nicht ohne eine angemessene Reaktion der russischen Seite auskommen werden. Sie werden sie bald kennen lernen."

18:03 de.rt.com: **Kiew wirft Deutscher Welle vor, "Handlanger der russischen Propaganda" zu sein**

Ein Sprecher des ukrainischen Außenministeriums behauptet, der russischsprachige Teil der Deutschen Welle verbreite "russische Propaganda" und fordert Berlin zum Handeln auf. Insbesondere die DW-Berichterstattung über das AKW Saporoschje erzürnte Kiew. Der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolaenko bezichtigte den russischsprachigen Teil der Deutschen Welle (DW), "russische Propaganda" zu verbreiten und forderte Berlin zum Handeln auf.

Auf seiner Facebook-Seite machte er am Mittwoch seinem Ärger über die DW Luft, indem er sagte, dass der deutsche staatlich finanzierte Sender ein "Handlanger der russischen Propaganda sei, Zitate manipulierte und die Ursachen und Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine falsch darstelle".

Der Beitrag enthält mehrere Screenshots, die aus seiner Sicht das vermeintliche Fehlverhalten der DW zeigen.

Eine der Nachrichten berichtete über eine Initiative einer russischen politischen Partei im letzten Monat, die Ukraine als "terroristischen Staat" zu bezeichnen. Eine andere stammte von der Zeitschrift Vogue, die die Behauptung widerlegte, sie habe 1939 ein glamouröses Foto von Adolf Hitler und seiner Gefährtin Eva Braun veröffentlicht. Das Thema wurde in den russischen sozialen Medien populär, nachdem die Zeitschrift im vergangenen Monat Bilder des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und seiner Frau Elena abdruckte, wobei die Nutzer das tatsächliche Fotoshooting mit dem fiktiven verglichen.

Nikolaenko war offenbar auch unzufrieden mit der Berichterstattung der DW über eine mögliche Katastrophe im von Russland kontrollierten Kernkraftwerk Saporoschje, einer Umfrage über ein Verbot aller Russen aus dem Schengen-Raum und sogar mit Selenskij's Erklärung, in der er eine solche restriktive Maßnahme forderte.

Der ukrainische Diplomat erinnerte daran, dass die deutsche Regierung russischen Medien wie RT die Ausstrahlung im Land verboten hat, und fügte hinzu: "Wir fordern unsere deutschen Partner auf, auf die Narrative der russischen Propaganda zu reagieren, die in den DW-Inhalten verbreitet werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe5bc0b480cc538b62472f.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 18.08.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des DVR-Vertreters im GZKK mehr als 250 Geschosse mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert, außerdem wurden nicht lenkbare Luftraketten des Kalibers 80mm eingesetzt.

Die Gebiete von 13 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt. 5 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 6 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:31 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Moskaus Einsatz des Atomwaffenarsenals nur als Antwort möglich**

Nach der russischen Militärdoktrin ist der Einsatz von Nuklearstreitkräften nur als Reaktion auf eine Aggression oder bei einer Bedrohung der Existenz des Staates möglich. Dies hat Iwan Netschajew, stellvertretender Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, auf die Frage nach der Möglichkeit einer unvorhersehbaren Eskalation zwischen Russland und den USA gesagt, insbesondere ob es sich dabei um einen Atomschlag handeln könnte. Netschajew erklärte:

"Die russische Militärdoktrin erlaubt eine nukleare Antwort nur als Reaktion auf eine Aggression mit Massenvernichtungswaffen, oder wenn die Existenz des Staates selbst bedroht ist."

Er betonte, dass der Einsatz des Nukleararsenals nur im Rahmen einer Reaktion auf einen Angriff möglich ist – als Teil der Selbstverteidigung unter außergewöhnlichen Umständen. Netschajew fügte hinzu:

"Wir gehen davon aus, dass sich die USA und die NATO der Konsequenzen ihrer eigenen aggressiven antirussischen Rhetorik bewusst sind, die sich auf die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen konzentriert."

18:59 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Direkter Zusammenstoß mit den USA und der NATO liegt nicht in Moskaus Interesse**

Ein direkter Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten und der NATO liegt nicht in Moskaus Interesse, Russland wird als Atommacht weiterhin so verantwortungsvoll wie möglich handeln. Dies teilte der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, Iwan Netschajew, mit. Er sagte:

"Ich möchte betonen, dass unsere Streitkräfte mit modernen und hochpräzisen konventionellen Waffen ausgestattet sind, die es uns ermöglichen, die vom russischen Präsidenten im Rahmen der Sonderoperation in der Ukraine gesetzten Ziele und Vorgaben vollständig umzusetzen. Russland als Atommacht wird weiterhin so verantwortungsvoll wie möglich handeln, ein direkter Zusammenstoß mit den USA und der NATO ist nicht in unserem Interesse."

Netschajew fügte hinzu:

"Russland hat noch nie mit Waffen gerasselt, schon gar nicht mit Atomwaffen. Aber die Ereignisse in der Ukraine, wo die US-Amerikaner und ihre Verbündeten dem Regime in Kiew bis zum Hals standen und es mit verschiedenen Waffen versorgten, darunter schwere Waffen und Schockwaffen, zeigen deutlich, dass ein Zusammenstoß mit dem kollektiven Westen sehr real ist."

Er wies darauf hin, dass die herrschenden liberal-globalistischen Kreise in den USA, Großbritannien und der Europäischen Union Gespräche über eine Senkung der Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen zulassen und betonte, dass solche Drohungen von Russland nicht geäußert werden. In einem Atomkrieg kann es keine Gewinner geben, und er darf niemals ausgelöst werden, fügte Netschajew hinzu.